

Den Dissens aufwühlen

Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte

Katrin Großmann und Nikolai Roskamm

In den Debatten, die sich mit Konzeptionen von Nachhaltigkeit auseinandersetzen, wird immer wieder die Frage gestellt, ob der Begriff – trotz seiner konzeptionellen Unschärfe und der damit einhergehenden unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Auslegungen – (noch) so etwas wie einen verbindlichen Kern beinhaltet (vgl. u.a. Bau-riedl/Wissen 2002; Reinsch 2010; Rink 2018). Kontinuierlich wird darum gerungen, was genau Nachhaltigkeit bedeutet, was nachhaltig entwickelt werden soll und wie und welche Prioritäten dabei zu setzen sind. In der wissenschaftlichen Community ist der Disput zwischen Verfechter:innen einer schwachen oder einer starken Nachhaltigkeit zentral. Er dreht sich nicht zuletzt um die Frage, ob Ökologie als normative Orientierung eine Priorität genießen sollte oder ob ökologisches, soziales und ökonomisches Kapital letztlich austauschbar bzw. ersetzbar sind (vgl. Ayres 2007; Brown/Söderbaum/Dereniowska 2017; Neumayer 1998). Beiträge aus der *New Political Ecology* formulieren eine grundsätzlichere Kritik am Nachhaltigkeitsziel. Dort werden keine Überarbeitungen und Präzisierungen vorgeschlagen, sondern das Ziel der Nachhaltigkeit selbst in Frage gestellt. Im Mittelpunkt stehen hier so genannte gesellschaftliche Naturverhältnisse (vgl. Görg 2003; Köhler 2008) als Rahmung von Ungleichheitsstrukturen und Ungerechtigkeiten. Dem Nachhaltigkeitsziel selbst wird eine zentrale Rolle an entpolitisierenden und/oder post-politischen Tendenzen zugeschrieben, etwa in den Debatten um Stadtplanung und Stadtentwicklung (vgl. Swyngedouw 2018a/b). Nancy Fraser (2021: 127) sieht hinter der Einigkeit, die der hegemoniale Konsens zum Ziel der Nachhaltigkeit suggeriert, »a roiling dissensus« – eine unterschwellig brodelnde Uneinigkeit.

Den Dissens aufzuwühlen, ihn besser sichtbar zu machen und zu verstehen, wie er beschaffen ist und was er bedeutet – das ist das Ansinnen unseres Beitrags für diesen Sammelband. Hierzu bringen wir einige konflikttheoretische Überlegungen mit aktueller Nachhaltigkeitskritik ins Gespräch. Die leitende Fragestellung dabei ist, wo die Konflikte in der Nachhaltigkeitsdebatte zu finden (beziehungsweise nicht zu finden) sind, was sie anzeigen, wie sie versteckt und verdrängt werden und was solche Verdrängungen bewirken.

Unsere Argumentation entfalten wir in vier Schritten: Erstens geben wir einen knappen Überblick zu dem Diskursfeld, das sich unter der Bezeichnung Konflikttheorie versammelt. Zweitens schauen wir uns anhand einiger schlaglichtartiger Beobachtungen an, wie der Konsens in den Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte gerückt ist. Drittens führt uns die Skizzierung einer grundsätzlicheren Kritik am Konzept der Nachhaltigkeit zu – viertens – der Doppeldeutigkeit des *leeren Signifikanten*, der in der aktuellen Debatte das Synonym für eine *konsensstiftende Leerformel* ist und die Abwesenheit von Konflikten zu markieren versucht, während die ursprüngliche theoretische Bedeutung des Begriffs genau auf das konfliktmobilisierende Potenzial des *empty signifiers* verweist. Insgesamt kommen wir zu dem Befund, dass das Konzept der Nachhaltigkeit sein mobilisierendes Potenzial auf dem Weg durch die Institutionen verloren hat, nicht zuletzt deshalb, weil das Konflikthafte aus der Nachhaltigkeitsdebatte verdrängt und durch ein allumfassendes Konsensdenken ersetzt worden ist.

Zur Natur des Konflikts

Konflikte sind soziale Phänomene, die überall zu finden sind, wo menschliche Gesellschaften bestehen. In der umfangreichen konfliktsoziologischen Literatur (vor allem aus den 1960er und 1970er Jahren) wird Konflikten eine eigene Wirkmächtigkeit zugeschrieben, teilweise gelten sie als das, was die Gesellschaft bewegt, als produktiv oder auch als schöpferisch (ein Überblick findet sich in Großmann et al. 2021b). Schon Georg Simmel (1908) spricht Konflikten eine »soziologische Bedeutung« zu und stellt die Frage, »ob nicht der Kampf selbst [...] eine Vergesellschaftungsform ist«; tatsächlich habe »jede Wechselwirkung unter Menschen« einen vergesellschaftenden Effekt und daher sei der Konflikt als »eine der lebhaftesten Wechselwirkungen« unbedingt in diese Kategorie einzuordnen (ebd.: 247).

Aktuelle Ansätze aus dem Bereich einer politischen, radikaldemokratischen Theorie (vgl. Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen 2020; Marchart 2010) sehen Konflikte als konstitutiv für das Entstehen von Gesellschaft. Die These ist, dass die theoretischen und politischen Routinen der liberal-kapitalistischen Demokratien sich in einer fundamentalen Krise befinden. Im Innern dieser Krise findet sich eine theoretische Störung, nämlich eine Krise der Objektivität. Diese Störung ist Ausdruck davon, dass eine rein rationalistische und objektivistische Konzeption von Gesellschaft und Geschichte nicht möglich ist und daher immer scheitern muss. Eine solche Konzeption ist notwendig begrenzt durch einen Antagonismus, der – als ontologisch-theoretische Form des Konflikts – sämtliche sozialen und historischen Prozesse durchzieht und diese Prozesse als intrinsisch umstritten und daher auch als immer politische offenlegt (vgl. Marchart 2018: 5). Die Betrachtungsebene verschiebt sich hier vom Sozialwissenschaftlichen zum Sozialtheoretischen, die Frage nach der ontologischen Natur des Konflikts rückt in den Mittelpunkt. Konflikte werden zentral für jegliche soziale und historische Entwicklung.

Das ist vor allem deshalb so, weil die Prämisse der notwendigen Kontingenz eingeführt wird. Wenn alles auch anders sein könnte, dann gibt es zu allem und jedem Alternativen, deren Geltungen permanent ausgehandelt werden müssen. Die dem So-

zialen zugrunde liegenden Antagonismen zeigen das »ultimativ kontingente Wesen aller Objektivität« (Landau et al. 2021: 9): Immer bestehen mehrere, gegenläufige und auch unvereinbare Positionen; nie existiert ein objektives und abgeschlossenes Ganzes. Deshalb gibt es Konflikte, und zwar immer und überall. Konflikte werden hier also nicht in Gut und Böse oder in produktiv und unproduktiv eingeteilt; vielmehr stellen sie ein grundlegendes Element sozialer Prozesse dar. Sie verursachen ständige Veränderung im Streit um hegemoniale Positionen. Diese negative ontologische Grundspannung in jedem historischen Werden verhindert, dass Konflikte dauerhaft aufgelöst werden. Demokratie ist – und bleibt – ein konflikthaftes Projekt.

Ein solches Denken bezieht sich unter anderem auf das berühmte Diktum von Claude Lefort vom *leeren Platz der Macht in der Demokratie*, der nie dauerhaft besetzt werden kann. Leforts These basiert auf einer Analyse des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie in der Französischen Revolution. Ausgangspunkt ist ein historisierendes Bild des Körpers, das zur Beschreibung der Macht des Königs verwendet wird. Für Lefort (1986) ist die Enthauptung Ludwigs XVI. die Vollstreckung der »demokratischen Revolution« (ebd.: 303) oder die Einschreibung der demokratischen Erfindung. Die Kappung der Macht aus dem königlichen Körper führt zu dem leeren, unbesetzten und unbesetzbaren Platz, der in der Demokratie nur teilweise und vorübergehend gefüllt werden kann. Der leere Ort ist »gerade in dem Sinne unbesetzbar, dass sich die Erprobung der Unmöglichkeit, sich dort einzurichten, als konstitutiv für die Vergesellschaftungsprozesse erweist« (Lefort/Gauchet 1990: 101). In Leforts These wird mit der demokratischen Revolution die *Institutionalisierung des Konflikts* vollzogen. Die Unfähigkeit, den leeren Ort zu besetzen, wird zur eigentlichen Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Der unbesetzte und unbesetzbare Ort ist ein äußeres Ziel, ein Ort, der »aber gerade wegen dieser Abwesenheit« seine Wirkung entfaltet und das gesamte Feld organisiert (ebd.). Der Konflikt um die Besetzung des leeren Platzes der Macht – eine Besetzung, die in letzter Instanz nicht vollständig gelingen kann – ist das zentrale Funktionsprinzip der Demokratie (vgl. Roskamm 2017). In dieser Verhinderung beständiger Machtbehauptung sind Konflikte konstitutive Antriebsfaktoren des Sozialen. Ein dauerhafter und allumfassender Konsens ist damit letztlich kein sinnvolles politisches Ziel – im Grunde ist so etwas gar nicht möglich.

Wie lässt sich nun Nachhaltigkeit konflikttheoretisch denken? Das Ziel der Nachhaltigkeit ist ein menschengemachtes Ziel und daher im konkurrierenden Konflikt mit anderen Zielen entstanden. Eine historische Untersuchung, die jene anderen Ziele benennt und den Ablösungsprozess beschreibt, der die Nachhaltigkeit hat hegemonial werden lassen, wäre ein erster Zugang. Ein zweiter Ansatz könnte Konflikt und Kontingenz zentral setzen und damit jede Objektivierung des Konzepts konfrontieren. Die Möglichkeit von Konflikten (beziehungsweise das Augenmerk auf eine solche Möglichkeit) untergräbt stets die Bemühungen, soziale und historische Phänomene zu objektivieren und sie als alternativlos darzustellen.

Nachhaltigkeitsdebatte: Konflikt und Konsens

Als erster Meilenstein der globalen Ökologiebewegung und als Wegbereiter der Nachhaltigkeitsdebatte gilt der Bericht an den Club of Rome aus dem Jahr 1972. In der Studie über die »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1972) erstellen die Autor:innen anhand von damals noch wenig eingesetzten Computermodellierungen zahlreiche globale Vorhersagen, etwa über die Bevölkerungsentwicklung, über die Verfügbarkeit von Ressourcen sowie über die künftige industrielle Produktion (insbesondere über die Nahrungsmittelproduktion). Ohne eine Änderung der Verhaltensmuster, so der Bericht, sei ein katastrophaler Zusammenbruch der Menschheit etwa im Jahr 2025 unvermeidbar. Er warnt eindringlich vor der Überlastung der Erde, die durch die Bevölkerungsentwicklung sowie eine dramatische Abnahme der Ressourcen verursacht werden würde.¹ Der Bericht ist also eher eine dystopische Komplexitätsanalyse, die im Vorwort folgende globale Problemstellungen aufwirft:

»The intent of the project is to examine the complex of problems troubling men of all nations: poverty in the midst of plenty; degradation of the environment; loss of faith in institutions; uncontrolled urban spread; insecurity of employment; alienation of youth; rejection of traditional values; and inflation and other monetary and economic disruptions.« (Meadows et al. 1972: 10)

Der Ton, der hier angeschlagen wird, unterscheidet sich deutlich von aktuellen Verlautbarungen, etwa den Begleitschriften zur Agenda 2030. Im Bericht an den Club of Rome geht es um die Beschreibung einer *Weltproblematik*, die sich aus unterschiedlichen und immer konfligierenden Problemstellungen zusammensetzt. Zwar findet sich in dem Text keine explizite Kapitalismuskritik², dennoch wird bei der Lektüre schnell klar, dass die festgestellte Problemlage fundamentale und auch benennbare Konflikte und Widersprüche beinhaltet – etwa zwischen den Profiteur:innen eines ressourcenintensiven Wirtschaftswachstums und den gegenwärtigen wie zukünftigen Bewohner:innen des Planeten, die die Folgen des kapitalistischen Raubbaus zu spüren bekommen (und die an den Errungenschaften des Wachstums größtenteils nicht teilhaben werden). Am Beginn der Ökologiedebatte findet sich also ein Befund über den Zustand des Planeten, der eine künftige Katastrophe zum Ausgangspunkt macht und der damit eine Form von Negativität an den Anfang und ins Zentrum stellt, die sich von der heute eingeübten Positivität stark unterscheidet. Die beschriebenen tiefliegenden Probleme

-
- 1 Tatsächlich ist die Entstehung von Nahrungsknappheiten allerdings weniger an irgendwelchen existierenden natürlichen Grenzen einer gegebenen Tragfähigkeit der Erde zu suchen, sondern in der ungleichen Verteilung der Güter begründet (vgl. Janowicz 2008: 8). Der »Bericht von den Grenzen des Wachstums« ist nicht zuletzt auch ein Beispiel für eine »Demographisierung« (Tremmel 2005: 369), also die unterschwellige Naturalisierung von mit demographischen Entwicklungen zusammenhängenden sozialen Verwerfungen (vgl. Roskamm 2011: 120f.).
 - 2 Frederic Jameson hat es einmal so ausgedrückt: »...it is easier to imagine the end of the world than it is to imagine the end of capitalism« (Jameson 2003: 76).

führen zu einer Perspektive, die einem Denken des Konflikts nähersteht als dem aktuell so verbreiteten Denken des Konsensus.³

Der Brundtland-Bericht mit dem Titel *Our Common Future* führt dann 1987 den Begriff der *nachhaltigen Entwicklung* auf der internationalen Policy-Bühne ein. Die Schrift adressiert ebenfalls eine grundlegende Problematik, nämlich den Verteilungskonflikt zwischen den Lebenschancen heutiger und künftiger Generationen. Nachhaltigkeit ist im Brundtland-Bericht gewissermaßen als Gerechtigkeitskonzept definiert (vgl. auch Rink 2018). Der Bericht verbreitet gleichzeitig aber Zuversicht, dass eine neue und andere Ära des Wirtschaftswachstums möglich ist: »But technology and social organization can be both managed and improved to make way for a new era of economic growth.« (WCED 1987: 15) Es dominiert hier nun ein optimistischer Duktus, der impliziert, dass die Menschheit in der Lage ist, ihre (wirtschaftliche) Entwicklung so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse der Gegenwart erfüllt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

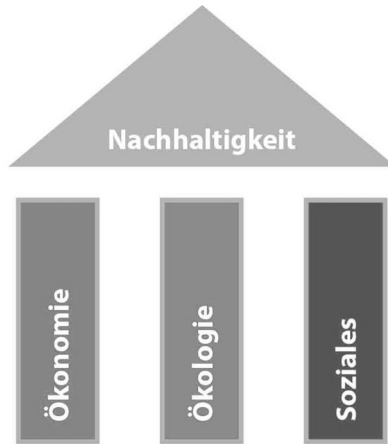
Auch in der Rio-Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1992 findet sich dieser Duktus. Während auf der einen Seite Umweltschutz, Armutsbekämpfung, internationale Kooperation und Rechtsverbindlichkeit der Ziele stark gemacht werden, wird auf der anderen Seite betont, dass »ein stützendes und offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern [ist], das in allen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung führt« (UNCED 1992, Grundsatz 12). Der Wachstumsgedanke gewinnt in der praxispolitischen Debatte die Oberhand und bestimmt zunehmend die Ausrichtung des Nachhaltigkeitsziels. Der Ausdruck Nachhaltigkeit verbindet sich dabei mit der Annahme, dass Wachstum zwar modifiziert werden muss, aber weiterhin und auch in Zukunft die einzige Option bleiben soll. Der Begriff nachhaltige Entwicklung setzt dabei voraus, dass zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung kein grundlegender Widerspruch besteht. Nachhaltigkeit und Entwicklung sind nicht antagonistisch zu denken (vgl. auch Bauriedl/Wissen 2002; Brown 2016). Stattdessen hält in den politischen Prozessen eine starke Konsensorientierung Einzug (vgl. Hahne 2002).

Die Erklärung von Rio steht bekanntlich für den Startschuss der Lokalen Agenden 21, die über partizipative Prozesse Nachhaltigkeit lokal ausbuchstabieren und umsetzen sollen (vgl. Herrmanns 2000). In der deutschen Mustersatzung für die Verabschiedung dieser Prozesse in den Stadt- oder Gemeinderäten taucht nun die explizite Aufforderung auf, bei den Initiativen für die nachhaltige Zukunftsgestaltung »ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichzeitig zu betrachten« (Herrmanns 2000: 8). Diese Dreidimensionalität aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem wurde seither zur bestimmenden Definition von Nachhaltigkeit, die – anders als die Gerechtigkeitsformel aus dem Brundtland-Bericht – eine direkte Operationalisierbarkeit verspricht. In dieser Operationalisierung wird das rhetorische und visuelle Mantra der drei Säulen

3 Möglicherweise ist im Bericht an den Club of Rome aber letztlich doch weniger *Konflikt* die treibende Kraft, sondern eher *Angst*. Nach Erik Swyngedouw (2018a: 116) finden sich hier vor allem die Gespenster einer unseren Vorstellungen von Natur immanenten Furcht wieder und verbinden sich mit der Sorge, dass die auf ständigem kapitalistischen Wachstum beruhenden Privilegien nicht ewig beibehalten werden können. Diese Furcht ist es auch, so Swyngedouw weiter, die bis heute die Bedeutung und Dringlichkeit der Nachhaltigkeitsdebatte nährt (vgl. ebd.: 82).

geschaffen (Abb. 1), das von nun an die Debatten, Leitbilder und Maßnahmen rahmt. Die Nachhaltigkeit selbst kann hier sowohl als Dach als auch als Schirm interpretiert werden.

Abbildung 1: Drei Säulen der Nachhaltigkeit



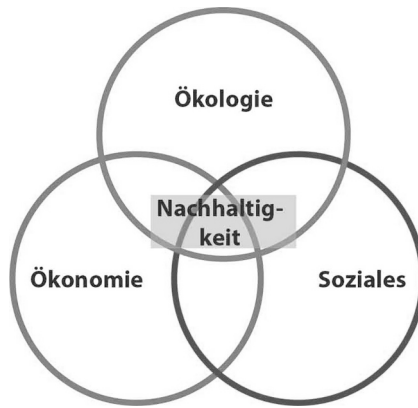
Eigene Darstellung.

Das Drei-Säulen-Modell wird in den 2000er Jahren dafür kritisiert, dass es die Wechselwirkungen zwischen den Säulen zu wenig berücksichtigt und alles als Nachhaltigkeitsstrategie gelten lässt, was Ökologie, Soziales oder Wirtschaft fördert. Das Drei-Säulen-Modell gerät tendenziell zum Weichspüler der Nachhaltigkeitsidee.⁴ In Folge dieser Kritik wird das Modell abgelöst vom sogenannten integrativen Nachhaltigkeitskonzept (Kopfmüller 2002; von Hauff 2014), das die Säulen in drei sich überschneidende Kreise transformiert (Abb. 2). Diese Visualisierung entwickelt für die Praxis eine große Suggestiv- und Wirkmacht. Die Nachhaltigkeit, das ist die zentrale Botschaft, liegt nun im Zentrum des Bildes und verspricht, die drei Dimensionen miteinander vereinen zu können. Die mittige Position versinnbildlicht dabei nicht nur die Wichtigkeit des Begriffs, sondern symbolisiert die Konsensfähigkeit des Konzepts. Das Soziale, die Ökologie und die Wirtschaft können – so lautet die Aussage des Diagramms – zusammengebracht und versöhnt werden, die Nachhaltigkeit in der Mitte verkündet erreichbaren Ausgleich und Konsens.⁵

4 Brand und Jochum (2000: 75) bezeichnen das Konzept als »dreispaltigen Wunschzettel«.

5 Im Handbuch für Lokale Agenda-Prozesse wird der Konsens auch textlich zum Programm. Es betont die Notwendigkeit, »hier und heute einen Konsens über die Notwendigkeit einer neuen Form zukünftiger Entwicklung anzustreben, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Anforderungen miteinander verknüpft und in Einklang bringt.« (UBA/BMU 1998: 15) Konflikte werden dagegen außerhalb des Konzepts Nachhaltigkeit verortet, sie repräsentieren alte, nicht integriert denkende Praktiken der Stadtentwicklung (vgl. ebd.: 109). Die Lokale Agenda-Prozesse werden dadurch zu Konsensapparaten, die Konflikte einhegen sollen (vgl. Hahne 2002).

Abbildung 2: Dimensionen der Nachhaltigkeit



Eigene Darstellung.

Im Jahr 2015 gibt es schließlich mit der Agenda 2030 den bisher letzten globalen programmatischen Nachhaltigkeitsbeschluss. Das Ziel der Agenda ist es, eine nachhaltige Entwicklung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen weltweit zu fördern. Das zentrale Element bilden die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) mit 169 spezifischen Zielen, von denen die meisten bis 2030 erreicht werden sollen. Die SDGs vermeiden es systematisch, grundlegende Konflikte (beziehungsweise überhaupt Konflikte) zu adressieren.⁶ Sie repräsentieren einen Ansatz, der unter dem Dach eines allumfassenden Konsenses aufgespannt ist. Und sie artikulieren deutlicher denn je ihre Verbundenheit mit dem kapitalistischen System. Insbesondere das SDG 8 steht im Widerspruch zu den anderen Großzielen und spricht klar aus, dass mit *sustainable development* ein *sustained economic growth* gemeint ist. Das SDG 8 wird dadurch zum »trojanischen Pferd« (Martinez-Alier/Meynen 2019: o.S.) und verhindert, dass die anderen Ziele erreicht werden können. Mit dem *nachhaltigen Wirtschaftswachstum* wird im Zentrum der Nachhaltigkeitsdebatte der antagonistisch angelegte Kern weiter zementiert, ohne dass seine immanente Widersprüchlichkeit thematisiert (oder gar aufgelöst) würde.

Kritik der Nachhaltigkeit

Eine zentrale Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte ist die Wirkungslosigkeit der Nachhaltigkeitsziele (vgl. Großmann et al. 2021a: 16). Neuere empirische Untersuchungen über die tatsächliche Wirksamkeit der SDGs stellen einen Mangel an Belegen dafür

6 Prägnant formuliert die Weltbank die Konfliktverdrängung durch Nachhaltigkeitsprogramme: »Preventing Conflicts by promoting sustainable development« heißt eine ihrer entsprechenden Publikationen (The World Bank 2017).

fest, dass die globale Zielsetzung zu direkten Auswirkungen in der nationalen oder lokalen Politik geführt hat (vgl. Biermann et al. 2022). Die den SDGs zugrunde liegenden Governance-Prinzipien – etwa Einheitlichkeit, Kohärenz, Integration und *leave no one behind* – seien zwar Teil des Mainstream-Diskurses geworden, von tatsächlichen Reformen könne jedoch kaum berichtet werden. Es gäbe, so lautet das Ergebnis der Metaanalyse, kaum Belege dafür, dass die SDGs einen »limited transformative political impact« (ebd.: 1) auf die Mandate, Praktiken oder die Ressourcenzuweisung internationaler Organisationen und Institutionen hatten. Insgesamt kommen die Autor:innen der Studie zu dem Schluss, dass die Agenda 2030 und die Ziele seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2015 bisher eine nur sehr begrenzte politische Wirkung entfaltet haben.⁷

Diese Befunde sind unseres Erachtens Symptom einer Problematik, die dem Nachhaltigkeitsziel auf einer begrifflichen Ebene innewohnt. Eine ausführliche Ausarbeitung einer solchen konzeptionellen und theoretischen Nachhaltigkeitskritik findet sich zum Beispiel in verschiedenen neueren Texten von Erik Swyngedouw, die sich ausgiebig mit der »fantasy of sustainability« (2018a: 81) befassen. Er betont, dass eine wichtige Rolle der Nachhaltigkeit darin besteht, Streit, Dissens und Konflikt zu vermeiden. Swyngedouw bezeichnet die Ausdrücke Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung als *die* de-politisierenden Konzepte schlechthin (ebd.: 82). Dadurch, dass sich alle auf Nachhaltigkeit einigen können, schrumpft der Raum für Auseinandersetzungen über grundlegende Alternativen. Dieser Streitraum ist aber das Politische und auch das Politisierende selbst. Die Konsensmaschine Nachhaltigkeit, so lässt sich Swyngedouw vielleicht interpretieren, produziert so etwas wie einen Anti-Streitraum. Dieser Raum wird hergestellt, indem überall und auf alles das Etikett *nachhaltig* geklebt wird (auf Planung, Stadt, Hochschule, Autos, Lebensmittel, UN-Ziele etc.). Wenn es überall das Ziel ist, nachhaltig zu sein, dann verblassen andere mögliche Ziele und auch andere mögliche Fragen.⁸ Nachhaltigkeit ist eine hegemonial gewordene Metapher, die auf einem »consensual setting« (ebd.: 82) beruht, auf das sich nicht nur institutionell auf der *policy*-Ebene alle einigen können, sondern das auch dem Wertekanon der einzelnen Individuen entspricht. Die eigentliche Funktion des Nachhaltigkeitskonzepts ist es demnach, grundlegende Konflikte zu verhindern und auch das Nachdenken über grundlegende Alternativen. Die »depoliticized politics of sustainability« (ebd.: 84) verfolgen dabei vor allem den Zweck, dass die Verhältnisse nicht als Verhältnisse in Frage gestellt werden. Die Eigenschaft der Nachhaltigkeit, gleichzeitig auf alles und nichts zu referenzieren, macht sie zur optimal geeigneten Leerformel, zur post-politischen Staffage, zur routinisierten Leer-Geste, mit der gleichzeitig Inhaltslosigkeit zelebriert und an dem immer dichter werdenden Schutzschirm gebaut wird, der dafür da ist, gerade *nichts* zu ändern, die Verhältnisse nicht anzutasten und weiter zu machen wie

7 Diskutiert wird in der Studie zudem die Verwendung der SDGs in Unternehmen der Banken und Investment-Firmen. Einige Untersuchungen warnen hier vor einer selektiven Umsetzung der SDGs und *SDG-Washing* in solchen Unternehmen. Die SDGs könnten auch dazu genutzt werden, das *Business-as-usual* zu verschleiern, indem es mit *SDG-bezogener Nachhaltigkeitsrhetorik* getarnt wird (vgl. auch Bebbington/Uernern 2018).

8 Was sind das für Fragen? Swyngedouw (2018a) gibt Beispiele: »...who gains from and who pays for, who benefits from and who suffers (and in what ways)...« (ebd.: 82).

bisher. Zu Ende gedacht geht es der Nachhaltigkeit vor allem um »the sustainability of the existing« (ebd.: 88). Die Unantastbarkeit des Bestehenden wird über Naturalisierungen und Tabus gesichert. Bestimmte gesellschaftliche Merkmale werden als *natürlich* und damit unveränderlich deklariert, wodurch sich ihre Infragestellung verhindern lässt (vgl. Großmann et al. 2021a: 8).

Verschiedene Arten von Leere

In kritischen Annäherungen an die Nachhaltigkeitsdebatte wurde vielfach festgestellt, dass wegen der in der großen Komplexität des Begriffs begründeten Überfrachtung das Konzept konturlos und beliebig bleibt (vgl. Kopfmüller 2007: 17) und dass Nachhaltigkeit zunehmend zu einer konsensstiftenden Leerformel geworden ist (vgl. Busch-Lüty 1995: 118; Rink 2018). In der Nachhaltigkeitskritik von Swyngedouw findet sich dieser Befund ebenfalls, allerdings in einer etwas anderen Form. Swyngedouw bezeichnet Nachhaltigkeit als »leeren Signifikanten« (2018a: 76), und zwar als den leeren Signifikanten »par excellence« (2018b: 83).

Die Theorie vom leeren Signifikanten wurde in der Politischen Theorie insbesondere von Ernesto Laclau geprägt (vgl. Roskamm 2017: 190f.). Die Grundbedingung ist hier die Erfahrung eines Mangels, das Bemerken einer Lücke, die im Fluss des Sozialen aufkafft. Das, was fehlt, ist in den Worten von Laclau die Ganzheit der Gesellschaft. Die initiale Erfahrung des Mangels ist das Pendant zu dem, was sich auf dem Grunde des Sozialen befindet: das unerfüllte/unerfüllbare Verlangen nach Vollständigkeit. Dieses Verlangen, das sich in Ausdrücken wie *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Gleichheit* niederschlägt, bezeichnet Laclau (2005: 125) als »democratic demand«. Solche *demands* sind in dieser Auslegung weniger Abstraktionen für etwas Positives und Konkretes, sondern sie repräsentieren in erster Linie die Abwesenheit selbst, die Unmöglichkeit vollständig zu sein und die Leere, die sich in dieser Unmöglichkeit manifestiert. Sie sind das, was Laclau als »empty signifier« bezeichnet (ebd.: 127). Einerseits repräsentiert solch ein leerer Signifikant damit eine echte Leere, nämlich den gründenden Mangel. Der leere Signifikant bezeichnet einen Platz im Zeichensystem, der konstitutiv unrepräsentierbar ist, eine Leerstelle im Bedeutungsganzen. Nur dieser Mangel an Erfüllung, also die Unmöglichkeit der Schließung eines Bedeutungssystems, gibt dem Verlangen seine materielle wie diskursive Präsenz. Andererseits verweist der leere Signifikant auf eine Lücke, und zwar auf die Lücke zwischen dem Partikularen und dem Universellen. Ohne leere Signifikanten wie *Gerechtigkeit* und *Freiheit*, so das Argument von Laclau, würden soziale Forderungen (etwa nach höheren Löhnen, nach mehr Rechten, nach niedrigeren Mieten) in ihrem Partikularismus verhaftet und deshalb wirkungslos bleiben.

Leere Signifikanten fordern damit Objektivität heraus und markieren stattdessen Kontingenz. Sie verweisen auf das, was bisher nicht bezeichnenbar war, auf das, was außerhalb des Diskurses liegt, auf das Exkludierte, auf Konflikte, auf antagonistische Konstellationen. Der leere Signifikant markiert den Zusammenbruch von Objektivität, indem ein Außerhalb dieser bisherigen, vermeintlichen Objektivität markiert wird. Leer bleibt der Signifikant, denn es geht nur um die Geste des Bezeichnens selbst, die das bestehende Bezeichnungssystem herausfordert und ihm damit auch eine Kontur gibt.

Die so entstehende Offenheit des Signifikanten ist nun für diverse Gruppen attraktiv. Sie bietet ein Feld für verschiedene Imaginationen, die vom Signifikanten aufgenommen werden können. Sie gibt symbolische Wirksamkeit für unterschiedliche Stränge von Kritik und bringt sie unter einem gemeinsamen Namen zusammen. Welcher Signifikant das Potenzial aufweist, die Partikularinteressen zu verbinden, wird in hegemonialen Kämpfen ermittelt, die im Kontext ungleicher Machtverhältnisse ausgetragen werden (vgl. Brown 2016: 118f.).

Wenn Nachhaltigkeit in diesem Sinne ein leererer Signifikant wäre, dann würde sie – als Begriff, als Ziel – potenziell solch einen Rahmen für politisches Handeln setzen können. Ähnlich wie *Emanzipation* oder *Soziale Gerechtigkeit* würde Nachhaltigkeit sozusagen verschiedene Unzulänglichkeiten der Gesellschaften zum Zeitpunkt der Nutzung des Begriffs in einer Bezeichnungshülse zusammenbringen, verschiedene Anliegen aufnehmen können und dadurch ein mobilisierendes Potenzial entfalten (ebd.: 120f). Brown (2016: 122) glaubt, diese Funktion in der Historie des Nachhaltigkeitsbegriffs erkennen zu können:

»As people develop awareness that the existing socio-economic structure cannot be sustained on ecological, social, economic, political and moral grounds, the experience of dislocation from existing paradigms allows the idea of a ›sustainable society‹ to develop as a meaningful alternative.«

Folgen wir der Kritik von Swyngedouw, ist aber genau solch eine politische Mobilisierung bei der Nachhaltigkeit nicht der Fall. Nachhaltigkeit ent- oder de-politisiert den Diskurs, das ist ja die eben referierte These.

Schauen wir daher noch einmal nach bei Laclau. Eine wichtige Funktion in Laclaus Entwurf hat das Benennen selbst, die »performative Dimension des Namengebens« (2001: 79 und 2005: 103). Die Benennung ist in der aktuellen Sozialtheorie nicht mehr Hilfsmittel der Beschreibung, sondern etwas Eigenständiges, etwas, was Bedeutung schafft. Das, was benannt wird, existiert zwar schon vor der Benennung; Identität und Einheit des benannten Objekts (nicht: Existenz) resultieren aber aus der eigentlichen Operation der Bezeichnung und des Benennens. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn das Benennen dem Beschreiben nicht untergeordnet wird. Um diese Rolle spielen zu können, darauf zielt Laclaus Argument, kann der Signifikant selbst weder vorbestimmt (mit vorbestimmter Bedeutung besetzt), noch kann er überhaupt dauerhaft mit etwas gefüllt sein. Ein Signifikant ist, darauf läuft es hinaus, letztlich notwendig unbesetzt (vgl. ebd.).

Auf die Nachhaltigkeit angewendet scheint bei genauerer Betrachtung eher das Gegenteil der Fall zu sein: Nachhaltigkeit ist gerade *kein* leerer Signifikant – und daher bedeutungslos –, sondern sie ist ein gefüllter Begriff – gefüllt mit »techno-managerial fixes« (Swyngedouw 2018a: 66) –, und deshalb auch kein tendenziell politisierender Faktor. Dass sie dennoch eine gewisse Leere repräsentiert (der erste Punkt in der Theorie von Laclau), ist dabei vielleicht nicht ganz ausgeschlossen. Über die drei Dimensionen wird der (möglicherweise ehemals) leere Signifikant gefüllt mit Bekanntem, mit Sagbarem. Zum einen schließt sich bei diesem Vorgang die imaginäre Lücke mit dem vertrauten Reservoir an operationalisierbaren, in *policy*-Dokumente integrierbaren Versatzstücken der Politikberatung. Zum anderen versiegt das Streitpotenzial

des Nachhaltigkeitsbegriffs durch die behauptete Versöhnungsfähigkeit, mit der die drei Dimensionen in eine nachhaltige Balance gebracht werden sollen. Beides führt schließlich dazu, dass die Debatte zugänglich für neoliberale Vereinnahmungen wird (vgl. Gunder 2006). Im Debattenverlauf werden Kontingenz und Konflikt dem Begriff entzogen, Nachhaltigkeit ist nun objektiviert, sie lässt sich sogar vermessen.⁹ Insgesamt wird Nachhaltigkeit dabei tatsächlich zur konsensstiftenden Leerformel und verliert die Eigenschaften eines leeren Signifikanten.

Resümee

Das Ziel der Nachhaltigkeit ist heute ein eher müder und zahnloser Tiger, der kaum noch zu mobilisieren vermag. Auf dem Weg über die lokalen Agenden, die in den 1990er Jahren – nach der UN-Konferenz in Rio – Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene in Politik und Maßnahmen übersetzen sollten, wurde der große Konflikt zwischen Ökosystem und wirtschaftlichem Wachstum auf der lokalen Ebene gezähmt, technokratisiert, ermüdet oder vergessen (vgl. Bauriedl/Wissen 2002; Brown 2016; Swyngedouw 2018b). Ausgehend von der Umweltbewegung geriet der Nachhaltigkeitsbegriff zu einer *konsensstiftenden Leerformel*, die wie ein Mantra die Win-Win-(Win)-Lösungen im Zentrum der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen behauptet und versprochen hat. Was auf dieser politischen Ebene auf der Strecke bleibt, ist nicht zuletzt die Auseinandersetzung selbst. Aus dem Konflikt ist eine Expertenaufgabe geworden, eine Planungsaufgabe, eine Technologiefrage, die versucht, die kapitalistische Wachstumsmaschine am Laufen zu halten. Sie wird in Entscheidungskreisen in Berlin und Brüssel mit Green-Growth-Strategien adressiert, die den zentralen Konflikt um die Wachstumsorientierung vermeiden und soziale Fragen in großen Parolen auffangen (wie die *Just Transition* mit dem Slogan, niemanden zurückzulassen, während die Ressourcen hierfür übersichtlich bleiben).

In unserem Beitrag haben wir versucht zu zeigen, wie die Verdrängung von Konflikten im Nachhaltigkeitsdiskurs vor sich geht. Nachhaltigkeit, so unser Argument, ist gerade kein leerer Signifikant wie etwa Gerechtigkeit oder Emanzipation, die auf politische Ziele außerhalb hegemonialer Bedeutungssysteme verweisen. Nachhaltigkeit bündelt nicht Partikularinteressen unter einem mit Bedeutung noch füllbarem Slogan, der die Objektivität gültiger Hegemonien in Frage stellt. Stattdessen ist der Begriff mit systemimmanenten Interessen gefüllt, die Bekanntes transportieren, dabei Konflikte ins Außen drängen und die Kämpfe um Zukunft eher verhindern. Naturalisierungen zementieren diese Objektivität, deren Anfechtung damit tabuisiert und verhindert wird.

Während Brown (2016: 128) es für möglich und erstrebenswert hält, Nachhaltigkeit als leeren Signifikanten wieder zu beleben, denken wir, dass die sozialen und ökologischen Bewegungen, die sich für eine Weile unter dem Schlagwort Nachhaltigkeit versammelt hatten, längst andere Bühnen gesucht und gefunden haben. Aus unserer Sicht kann der Begriff der Nachhaltigkeit nicht re-radikalisiert werden, da er randvoll

9 Leere Signifikanten entziehen sich dagegen der Vermessung, denn sie sind nicht als fixierte Begriffe definierbar (vgl. Brown 2016; Davidson 2010).

mit systemimmanenten Floskeln und Interessen aufgefüllt ist. Konflikte, die letztlich mehr oder weniger präzise die Überschneidung der drei so genannten Nachhaltigkeitsdimensionen adressieren, thematisieren Unvereinbarkeiten und damit Antagonismen, die hinter dem liegen, was in der Nachhaltigkeitsdebatte Zielkonflikte genannt wird. Dies sind etwa Unvereinbarkeiten von Ressourcenschonung und Wirtschaftswachstum, von Green-Growth-Strategien und sozialer Gerechtigkeit oder auch die Reproduktion sozialer Ungleichheiten auf Wohnungsmärkten unter dem Banner des Umweltschutzes (vgl. Großmann 2019). Solche Konflikte werden bereits ausgetragen von Initiativen wie *Ende Gelände*, *Extinction Rebellion* oder bei den Mieterkämpfen in den Städten. Auch konzeptuell gibt es längst andere Vorschläge wie de-growth, Postwachstum oder social-ecological justice, die sich aber meist nicht um eine Inwertsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts bemühen, sondern zurecht eigene Begrifflichkeiten suchen, um ihre Forderungen deutlich zu machen.

Literatur

- Ayres, Robert U. (2007): »On the practical limits to substitution«, in: *Ecological Economics* 61, S. 115-128.
- Bauriedl, Sybille/Wissen, Markus (2002): »Nachhaltigkeit als Konfliktterrain. Post-for-distische Transformation und Repräsentationen von Natur in der Metropolregion Hamburg«, in: *Geographische Revue* 4, S. 35-55.
- Bebbington, Jan/Unerman, Jeffrey (2018): »Achieving the United Nations Sustainable Development Goals«, in: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 31, S. 2-24.
- Biermann, Frank/Hickmann, Thomas/Sémit, Carole-Anne/Beisheim, Marianne/Bernstein, Steven/Chasek, Pamela/Grob, Leonie/Kim, Rakhyn E./Kotzé, Louis J./Nilsson, Måns/Ordóñez Llanos, Andrea/Okereke, Chukwumerije/Pradhan, Prajal/Raven, Rob/Sun, Yixian/Vijge, Marjanneke J./van Vuuren, Detlef/Wicke, Birka (2022): »Scientific evidence on the political impact of the Sustainable Development Goals«, in: *Nature Sustainability*, <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00909-5>.
- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema »Sustainable development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs«*, München: Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.
- Brown, Judy/Söderbaum, Peter/Dereniowska, Malgorzata (2017): *Positional analysis for sustainable development. Reconsidering policy, economics and accounting*, London: Routledge.
- Brown, Trent (2016): »Sustainability as Empty Signifier: Its Rise, Fall, and Radical Potential«, in: *Antipode* 48, S. 115-133.
- Busch-Lüter, Christiane (1995): »Nachhaltige Entwicklung als Leitmodell einer ökonomischen Ökologie«, in: Peter Fritz/Joseph Huber/Hans W. Levi (Hg.), *Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart: Hirzel, S. 115-131.

- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (2019): »Einleitung«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen et al. (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 11-26.
- Davidson, Mark (2010): »Sustainability as ideological praxis: The acting out of planning's master-signifier«, in: *City 14*, S. 390-405.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020): *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Fraser, Nancy (2021): »Climates of Capital: For a Trans-Environmental Eco-Socialism«, in: *New Left Review*, S. 94-127.
- Görg, Christoph (2003): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Grossmann, Katrin (2019): »Using conflicts to uncover injustices in energy transitions: The case of social impacts of energy efficiency policies in the housing sector in Germany«, in: *Global Transitions 1*, S. 148-156.
- Grossmann, Katrin/Connolly, James J. T./Dereniowska, Małgorzata/Mattioli, Giulio/Nitschke, Luca/Thomas, Nicola/Varo, Anaïs (2021a): »From sustainable development to social-ecological justice: Addressing taboos and naturalizations in order to shift perspective«, in: *Environment and Planning E: Nature and Space*, <https://doi.org/10.1177%2F25148486211029427>.
- Großmann, Katrin/Roskamm, Nikolai/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Kersting, Norbert/Krahmer, Alexander/Messerschmidt, Sven/Müller, Julian D./Resch, Sina (2021b): »Konflikte als Hoffnungsträger. Auseinandersetzungen um die postmigrantische Stadtgesellschaft«, in: *Neue politische Literatur 66*, S. 305-322.
- Gunder, Michael (2006): »Sustainability«, in: *Journal of Planning Education and Research 26*, S. 208-221.
- Hahne, Ulf (2002): »Lokale Agenda 21 als Basis nachhaltiger Regionalentwicklung. Dilemmata eines neuen Politiktypus«, in: *Geographische Revue 4*, S. 21-34.
- Hauff, Michael von (2014): *Nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und Umsetzung*, München: De Gruyter Oldenbourg.
- Herrmanns, Klaus (2000): »Die Lokale Agenda 21: Herausforderung für die Kommunalpolitik«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000*, S. 3-12.
- Jameson, Frederic (2003): »Future City«, in: *New Left Review*, S. 65-79.
- Janowicz, Cedric (2008): *Zur Sozialen Ökologie urbaner Räume. Afrikanische Städte im Spannungsfeld von demographischer Entwicklung und Nahrungsversorgung (= Materialitäten, Bd. 7)*, Bielefeld: transcript.
- Köhler, Bettina (2008): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Politische Ökologie und ökologischfeministische Sichtweisen«, in: *Das Argument 50*, S. 850-857.
- Kopfmüller, Jürgen (2007): »Auf dem Weg zu einem integrativen Nachhaltigkeitskonzept«, in: *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift 22*, S. 16-18.
- Laclau, Ernesto (2001): »The Politics of Rhetoric«, in: Ernesto Laclau (Hg.), *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York: Verso, S. 79-99.
- Laclau, Ernesto (2005): *On populist reason*, London/New York: Verso.

- Landau, Friederike/Pohl, Lucas/Roskamm, Nikolai (2021): »Introduction«, in: Friederike Landau/Lucas Pohl/Nikolai Roskamm (Hg.), (Un)Grounding. Post-foundational geographies, Bielefeld: transcript, S. 9-40.
- Lefort, Claude (1986): The political forms of modern society. Bureaucracy, democracy, totalitarianism, Cambridge: MIT Press.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990): »Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen«, in: Ulrich Rödel (Hg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89-122.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2018): Thinking antagonism. Political ontology after Laclau, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Martinez-Alier, Joan/Meynen, Nick (2019): Never-ending growth? The fatal flaw in the plan to end poverty and save the planet. Online verfügbar unter: <https://www.commondreams.org/views/2019/07/29/never-ending-growth>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): The limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the predicament of mankind, New York: Universe Books.
- Neumayer, Eric (1998): »Preserving natural capital in a world of uncertainty and scarce financial resources«, in: International Journal of Sustainable Development and World Ecology 5, S. 27-42.
- Reinsch, Torsten (2010): Kritik der Nachhaltigkeit. Die Grundlegung vernunftgemäßer Bewertungsmaßstäbe für Naturschutzkonflikte durch die transzendentalpragmatische Diskursethik am Beispiel des Nationalparks Unteres Odertal. Dissertation, Berlin.
- Rink, Dieter (2018): »Nachhaltige Stadt«, in: Dieter Rink/Annegret Haase (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen, Opladen/Toronto: Barbara Budrich, S. 237-257.
- Roskamm, Nikolai (2011): Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Diskurse zu Stadt und Raum, Bielefeld: transcript.
- Roskamm, Nikolai (2017): Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld, Basel: Birkhäuser.
- Simmel, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Swyngedouw, Erik (2018a): »Post-Politicizing the Environment: »Ecology as the New Opium of the Masses«, in: Erik Swyngedouw (Hg.), Promises of the political. Insurgent cities in a post-political environment, Cambridge: The MIT Press, S. 65-90.
- Swyngedouw, Erik (2018b): »The Urbanization of Capital and the Production of Capitalist Natures«, in: Matt Vidal/Tomás Rotta/Tony Smith et al. (Hg.), The Oxford handbook of Karl Marx, New York: Oxford University Press, S. 583-601.
- The World Bank (2017): Preventing Conflicts by Promoting Sustainable Development. Online verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2017/08/23/preventing-conflicts-by-promoting-sustainable-development>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.

- Tremmel, Jörg (2005): Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- UBA, Umweltbundesamt/BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (1998): Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, Berlin/Bonn.
- UNCED, United Nations Conference on Environment and Development (1992): Agenda 21. Online verfügbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/Agenda21.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- WCED, World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford/New York.

